

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Postfach 12 03 15 · 10593 Berlin

10.06.2008/sue

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Frau Vorsitzende
Dr. Martina Bunge, MdB
Platz der Republik 1

Bearbeitet von
Andrea Vontz-Liesegang

Telefon 0221/3771-260
Telefax 0221/3771-177

11011 Berlin

E-Mail:
andrea.vontz@staedtetag.de

per Mail: ma01.pa14@bundestag.de

Aktenzeichen
54.06.27

Öffentliche Anhörung am 18.06.2008 zur Finanzsituation und Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,

für die der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände eingeräumte Möglichkeit zur Teilnahme an der Expertenanhörung möchten wir uns herzlich bedanken. Wie bereits mitgeteilt, wird die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände von Herrn Alfred Dänzer, Geschäftsführer Klinikum Mannheim gGmbH, vertreten werden.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände trägt die Stellungnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft grundsätzlich mit. Wir beschränken uns daher auf die Herausstellung der nachfolgenden Punkte, die nach unserer Ansicht für die Finanzsituation und Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser besonders wichtig sind.

Mit ihren Anträgen greifen die Bundestagsfraktionen **Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP** ein Thema auf, das aufgrund seiner Aktualität in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist und das für die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Deutschland ausgesprochen wichtig ist.

I. Grundaussagen zur Finanzsituation kommunaler Krankenhäuser

Nach langen Jahren der Kostendämpfungspolitik des Bundes mit dem Ziel der Begrenzung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sowie einer permanent rückläufigen Investitionsfinanzierung der Länder, haben die kommunalen Krankenhäuser keinerlei finanzielle Spielräume mehr. Wirtschaftlichkeitsreserven, wie mehrfach von Mitgliedern der Bundesregierung behauptet, sind nicht mehr vorhanden. Wie wirtschaftlich deutsche Krankenhäuser und die in ihnen tätigen Mitarbeiter handeln, belegen die niedrigen Kosten der Krankenhausversorgung in Deutschland, die im internationalen Vergleich der OCED-Länder

so günstig wie in kaum einem anderen Land sind sowie die im internationalen Vergleich ebenfalls herausragende Personalproduktivität.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen auch nochmals darauf hin, dass die Ausgaben, die die Krankenhäuser bei den Krankenkassen verursachen, weit unter dem Durchschnitt des Ausgabenanstiegs im Gesundheitswesen liegen. Die Zuwächse der Kliniken sind viel geringer als die tatsächliche Kostenbelastung, die den Krankenhäusern durch Inflation, steigende Energie- und Sachkosten und durch die Tariflohnabschlüsse entstanden sind. Die Kumulation der Belastungen der Krankenhäuser durch diese Entwicklungen bei gleichzeitiger Deckelung der Krankenhausbudgets durch die Grundlohnrate sowie die den Krankenhäusern abverlangte Sonderbelastung in Form des Sanierungsbeitrags zu Gunsten der Krankenkassen, haben in den Krankenhäusern zu einer unzumutbaren Situation geführt. Für mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser wird für das laufende Jahr ein Defizit prognostiziert. Dies gefährdet massiv die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen.

Hinzu kommt, dass auch die Investitionskostenfinanzierung sich für die Krankenhäuser in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert hat. Im Jahr 2006 haben die von den Bundesländern zur Verfügung gestellten Investitionsmittel mit rund 2,7 Mrd. Euro ihren absoluten Tiefstand erreicht. Es muss daher auch sichergestellt werden, dass die Krankenhäuser endlich die dringend erforderlichen Investitionsmittel erhalten, damit sie ihre baulichen und technischen Einrichtungen so gestalten können, dass die bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Versorgung der Bevölkerung ermöglicht und dabei die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser gesteigert wird.

II. Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände zur Verbesserung der Lage

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie schwierig die aktuelle finanzielle Lage der Kliniken ist und wie dringend finanzielle Entlastungen der Krankenhäuser erforderlich sind. Damit auch zukünftig die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann, erachten wir es als zwingend erforderlich

- den Sanierungsbeitrag zurückzunehmen,
- einen sofortigen Ausgleich für die Preis- und Tarifsteigerungen der Jahre 2008 und 2009 zu schaffen,
- Kostenentwicklungen zukünftig angemessen in die Preise für Krankenhausleistungen einzupreisen und
- einen adäquaten Maßstab für eine Veränderungsrate für die Jahre 2009 und folgende zu entwickeln.

Die jahrelang hingenommene Unterfinanzierung der Krankenhäuser kann sich nicht so fortsetzen, ohne dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gefährdet wird. Die Kommunen sind in besonderer Weise in der Verantwortung für die Gesundheitsversorgung ihrer Einwohner. Daher bitten wir um Berücksichtigung unserer Forderungen im Interesse der Sicherstellung einer auch zukünftig bedarfsgerechten Patientenversorgung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Dr. Manfred Wienand